



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/251 - 27.10.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 76 54-59  
Fernschreiber 039 890

Regierungswechsel in England	S. 1
Wird Eisenhower Präsident der USA ?	S. 3
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 4
Antwort an Storch	S. 5

## Pause für Labour

Von unserem England-Korrespondenten

Schon 48 Stunden nach Churchills knappen Sieg beginnt im konservativen Lager eine gewisse Ernüchterung. Man sieht: Allein der Magnetismus Churchills gab den Ausschlag. Man wird sich bewußt, was es heißt, daß noch niemals in England eine Partei so viele Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte wie das Labour am 25. Oktober gelang. (Aber die Mehrheit im Parlament liegt bei den Konservativen. An diesem Punkt werden die Konsequenzen des Mehrheitswahlrechtes, das so viel für sich anführen kann, fast unerträglich widersinnig). Man beginnt zu begreifen: Die Wahl wurde ausgeschrieben, um eine stabile Regierung zu bekommen - auch dieses Ziel wurde nicht erreicht. Als wichtig erkennt man auch dies: 1945 hatte Labour mit überwältigender Mehrheit den Auftrag erhalten, einen Bruch mit der Vergangenheit herbeizuführen, denn der Stimmenvorsprung betrug drei Millionen. Churchill kann aus dem gegenwärtigen mageren Ergebnis einen solchen Auftrag für sich nicht herleiten.

Die Konservativen stehen in der Innen- wie in der Außenpolitik vor einem schweren Dilemma. In der Innenpolitik werden sie den Versuch machen müssen, anstelle der geplanten Steuerung der Wirtschaft eine freie Marktwirtschaft zu setzen. Sie müßte notwendigerweise zum Ende der Vollbeschäftigung und zu Erwerbslosigkeit führen, müßte auch die Löhne und den Lebensstandard selbst derer ungünstig beeinflussen, die in Arbeit bleiben. Die Tories haben in ihrer Wahlpropaganda "Einsparungen der Staatsausgaben" versprochen. Sie könnten nur entweder aus den Rüstungs- oder aus den Sozialausgaben kommen. Die Rüstung wird man schwerlich antasten, so daß also ein Abbau des Sozialversicherungssystems und der Lebensmittelaubventionen zu erwarten ist, womit die Lebenshaltung der breiten Massen in die Höhe schnellen müßte. Das wiederum würde automatisch außerordentliche innere Spannungen herbeiführen. Die Gewerkschaften wird äußerstes Mißtrauen

beherrschen. Unwahrscheinlich ist, daß die Regierung Churchill Kohle und Eisenbahnen in private Hände zurückgeben wird, jedoch scheint sicher, daß sie die Verstaatlichung der Stahlindustrie und des Motortransportwesens rückgängig machen will.

Sehr gespannt ist man, wie Churchill seine außenpolitischen Wechsel wird einlösen können. Gewiß ist er kein "Eriegshetzer", wenn auch die Russen natürlich dem Mamme mißtrauen, der für die bewaffnete Intervention in Nordrußland im Jahre 1919 verantwortlich war. Mit Attlee aber verband sich die Vorstellung des Mannes, der im November 1950 durch seinen überraschenden Flug nach Washington in höchster Not den Frieden rettete, der damals an dem berühmten seidenen Nadeln hing. Churchills ungestümes Temperament ist, ohne daß man in der Frage Krieg und Frieden seine guten Absichten in Zweifel zu ziehen braucht, eine permanente Gefahr. Diese Feststellung steht nicht im Widerspruch zu der oft erörterten Ankündigung, Churchill werde als Premier noch einmal den Versuch zu einem direkten Gespräch mit Stalin machen. Es kommt ganz darauf an, wie in einem solchen Gespräch, wenn es zustande kommt, die Akzente gesetzt werden.

Man spricht auch von einer engeren Verbindung des Mutterlandes mit dem Commonwealth und von einer aktiveren Europapolitik Großbritanniens, nachdem Churchill noch einmal das Rennen gemacht hat. Vermutlich wird die praktische Europa-Begeisterung Churchills zunächst in der verschärften Betonung der Notwendigkeit eines deutschen Wehrbeitrages bestehen. Sie würde übrigens von dem gleichen Churchill kommen, der seinerzeit mit Roosevelt zusammen den Morgenthau-Plan zur Entindustrialisierung Deutschlands paraphierte, den Attlee 1945 dann sofort annullierte ...

Dreimal hintereinander hat Labour sich als absolut stabil erwiesen. In der Regierungstätigkeit dieser Partei tritt jetzt eine Pause ein. Ihre gegenwärtige Stellung ist nach der ziffermäßigen Stärke und nach der durch ihre nun oppositionelle Funktion gestiegenen inneren Geschlossenheit so günstig, wie es kaum je zuvor die einer anderen Oppositionspartei war.

Das zweite Kabinett Churchill aber ist im Grunde und auf weite Sicht gesehen nichts anderes als ein retardierendes Moment in einer unaufhaltsamen und allgemeiner Entwicklung im Sinne des sozialen Fortschrittes. Das gilt übrigens mehr oder weniger für alle europäischen Regierungen der entsprechenden Richtung.

+ + +

Nebel über Atlantik-Verteidigung

A.F. - Paris

Neuerdings spricht man sehr viel von den Angelegenheiten der atlantischen Verteidigung. Der Laie fragt sich, ob man hinter dem Wortschwall nicht eine tatsächliche Leere verstecken will und ob im Interesse der Sache eine gewisse Diskretion nicht besser wäre. Weitgehende Unterrichtung der Öffentlichkeit auch über militärische Vorgänge gehört aber nun einmal zur amerikanischen Tradition, und im atlantischen Hauptquartier bei Paris herrscht amerikanischer Geist.

General Eisenhower ist mindestens ebenso Politiker wie Militär. Es ist schon mehr als ein offenes Geheimnis, daß Eisenhower ernstlich seine Kandidatur für die kommenden amerikanischen Präsidentschaftswahlen erwägt und als kluger Taktiker nichts unternimmt, was seine Aussichten irgendwie verringern könnte. Dieser politische Hintergrund beeinflußt die militärischen Verhältnisse im atlantischen Lager und stellt sie teilweise auf eine völlig schiefe Ebene. Während die europäischen Beobachter in jeder Äußerung Eisenhowers ein militärisches Orakel für die Zukunft des Kontinents sehen wollen, wendet sich damit der General in erster Reihe an seine amerikanischen Zuhörer und etwaigen Wähler. Eisenhower gehört zweifellos zu denjenigen Amerikaner, die am entscheidendsten den Isolationismus ablehnen und für eine sehr aktive und weitgehende Verpflichtung seines Landes in Europa eintreten. Er hat aber trotzdem keine Lust, die amerikanischen Parteipolitiker und die hinter ihnen stehende Öffentlichkeit vor den Kopf zu stoßen. In diesem Sinne muß seine jüngste Andeutung, die amerikanischen Truppen befänden sich nur vorübergehend in Europa, verstanden werden. Aus dem gleichen Grunde teilt er offiziell die Washingtoner Auffassung von der Unentbehrlichkeit eines deutschen Wehrbeitrages, obwohl er nach zuverlässigen Informationen in Wirklichkeit genau das Gegenteil denkt. Hinter den Kulissen versucht er, die deutsche Wiederaufrüstung im Rahmen seiner Möglichkeiten zu verzögern.

Es ist viel zu früh, um mit irgendeiner Gewißheit sagen zu können, wie man sich im Hauptquartier des Atlantikpakt des Schutz

Europas gegen einen etwaigen russischen Angriff vorstellt. Es gibt weder eine Elbe-Linie, noch eine Rhein-Linie, nicht zuletzt, weil die militärischen Voraussetzungen völlig fehlen. Die bisher mit der Wiederaufrüstung gemachten Fortschritte dürfen nicht unterschätzt werden. Die ständigen amerikanischen Waffen- und Materiallieferungen blieben nicht ohne Rückwirkungen, ebenso wenig wie die Verlängerung der Militärdienstzeit. Das zu erreichende Ziel, die Herstellung eines Kräftegleichgewichtes mit dem Ostblock, ist jedoch so gewaltig, daß es aller Wahrscheinlichkeit nach mit der Aufrechterhaltung des jetzigen westlichen Lebensstandards unvereinbar ist, falls man die vorgesehenen Programme nicht auf eine längere Frist ausdehnt. Zur Zeit bemühen sich in der Pariser Sonderkonferenz die Wirtschaftssachverständigen der europäischen Staaten, Amerika von dieser Notwendigkeit zu überzeugen. Erst wenn auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet eine Entscheidung getroffen sein wird, vielleicht bis Ende des Jahres, vielleicht erst später, sollte man in der Lage sein, die Möglichkeiten der atlantischen Verteidigung einigermaßen zuverlässig abzuschätzen.

+ + +

#### Nachrichten aus der Sowjetzone

##### Das Ostbüro der SED meldet:

Aus Fürstenberg in Mecklenburg sind acht Lehrerinnen und Lehrer nach dem Westen geflohen. Sie sollten zur Verantwortung gezogen werden, weil sie sich weigerten, leitende Funktionen bei den Jungen Pionieren zu übernehmen. Sie wurden als "Saboteure und Handlanger der westlichen Kriegsbrandstifter" bezeichnet und sollten wegen Verstoßes gegen den Paragraphen 6 der Ostzonenverfassung verurteilt werden.

x

Im Kreise Weizlar wurden im Verlaufe der SED-Parteikontrolle über 1.800 Personen aus der SED ausgeschlossen, das sind über 20 Prozent des gesamten Mitgliedsbestandes. Besonders radikal erfolgte die Säuberung der Betriebsgruppe in der Stadtverwaltung. Der Ausschluß zog die sofortige fristlose Kündigung nach sich. Arbeitslosen-Unterstützungen werden nicht gezahlt, da es sich um eine "selbst verschuldete fristlose Kündigung" gehandelt habe.

x

Die volkseigenen Werften unterhalten in Berlin eine Zentralstelle, die sich in erster Linie mit der Beschaffung von Material aus dem Westen befaßt. Auf diesem Wege erhalten die Betriebe auch weiterhin Turbogeneratoren aus dem Westen. Die Generatoren werden an verschiedenen Stellen Westberlins auseinandergenommen und dann als Einzelteile auf LKWs in den Ostsektor transportiert. Allein im Monat Mai 51 wurde durch diese Materiallieferungen der Bau von acht sogenannten Loggern für die Seepolizei ermöglicht. Bei diesen Loggern handelt es sich um kleinere Schiffseinheiten, deren Konstruktion einen raschen Umbau zu Verpoeten- und Minenräumbooten ermöglicht. Auf dem gleichen Wege erhalten die VEM-Schiffselektrik Bosch-Anlasser für 500 PS-Motoren und Nadelglühlampen von einer Lübecker Herstellerfirma.

+ + +

Schüsse aus dem Hinterhalt

(sp) Die Kette der Verleumdungen gegen die größte deutsche Oppositions-Partei reißt nicht ab. Nach Herrn Berg, dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, und Bundesinnenminister Lehr, die vor der Auslandspresse behaupteten, die deutsche Sozialdemokratie sei von Kommunisten durchsetzt, verstieg sich Bundesarbeitsminister Storch dieser Tage zu dem ungeheuerlichen Satz: "Wenn die Sowjetunion wußte, daß die Sozialdemokratie bei einer Wiedervereinigung Deutschlands ans Ruder käme, könnte sie sofort Truppen abziehen, denn in höchstens fünf Jahren wäre in Deutschland der Kommunismus".

Das ist keine rednerische Entgleisung, das ist Teil einer wohlberechneten, bössartigen Verleumdungs-Kampagne, dazu bestimmt, die SPD im Ausland und vor allem in den Vereinigten Staaten als unzuverlässig zu diffamieren. Der Kampf um die deutsche Einheit erhält dadurch den Todesstoß. Wie kann man erwarten, daß die Vereinigten Staaten sich für die Wiederherstellung der deutschen Einheit wirksam einsetzen, wenn sie Gefahr laufen sollen, es in fünf Jahren mit einem kommunistischen Deutschland zu tun zu haben? Das war ja auch der tiefere Sinn jener Bemerkung im "Rheinischen Merkur", die vor einer Wiedervereinigung Deutschlands geradezu warnte, weil damit die Gefahr verbunden wäre, daß die SPD die stärkste Partei Deutschlands würde. Kein Regierungssprecher hat sich bisher von dieser Äußerung eines dem Kanzler sehr nahestehenden Blattes abgesetzt.

Die deutsche Sozialdemokratie - eigentlich überflüssig, es zu betonen - ist heute die stärkste Kraft innerhalb der deutschen Demokratie. Sie als totalitär und kommunistisch versucht zu verächtigen, heißt nicht nur die überwiegende Mehrheit des arbeitenden Volkes beleidigen, sondern auch die Demokratie schlechthin diskreditieren. In allen Ländern, in denen die Sozialdemokratie stark ist, sind die Kommunisten in die Rolle einer hoffnungslosen Minderheit gedrängt. Das weiß auch Herr Storch. Aber er ignoriert diese Tatsache, weil sie ihm sein verleumderisches Konzept verderben würde.